

Zeichen der Schwäche

Bischof Iby in Ungnade

■ PETER PAWLOWSKY

■ Die Mitbestimmung der Ortskirchen hat eine jahrhundertalte Tradition und wird sich durchsetzen.

„Überall sonst bekommt ein Mensch, der in den Ruhestand gehen möchte, den Zeitpunkt seiner Pensionierung im Voraus gesagt“, klagte Bischof Paul Iby in einem seiner letzten Interviews. Nicht so in seinem Fall. Er erfuhr aus den Medien, was bereits beschlossene Sache war, und dass er einen Nachfolger bekam, den er sich nicht gewünscht hatte.

Die überfallsartige und vorzeitige Ernennung des bisherigen Generalsekretärs der Bischofskonferenz Ägidius Zsifkovics zeigt in aller Deutlichkeit, dass man in Rom nicht bereit ist dazuzulernen. Überfallsartig: Das könnte man noch damit erklären, dass die Medien schneller sind, als die vatikanische Bürokratie, die offenbar noch nicht in der Gegenwart angekommen ist. Vorzeitig: Bischof Iby hatte gebeten, noch bis zum 50jährigen Diözesanjubiläum am 15. August im Amt bleiben zu dürfen. Rom hat sich nicht darum geschert. Warum? Iby hatte zuletzt durch kritische Bemerkungen zur Kirchenreform und zum Zölibat aufhorchen lassen. Dadurch fällt man in Rom schnell in Ungnade.

Die Vorgangsweise wirft auch ein Licht auf die österreichische Regierung. Laut Konkordat erfährt die Regierung als Erste den Namen des zu ernennenden Bischofs und hat zwei Wochen Zeit, dagegen eventuelle Einwände zu erheben. Die Regierung hat sich bisher in keinem Fall darum gekümmert, sondern die römischen Beschlüsse einfach durchgewunken. Bei mehr Aufmerksamkeit wären uns vielleicht Bischöfe wie Groër oder Krenn erspart geblieben.

Zwar kann die Regierung nicht Kirchenpolitik betreiben, aber sie sollte darauf achten, dass Spielregeln eingehalten werden, die in einer Demokratie selbstverständlich sind. Sie hätte rückfragen können, wie weit Bischof Iby vorinformiert wurde, sie hätte ver-

langen können, dass die Ernennung seines Nachfolgers bis nach dem Diözesanjubiläum verschoben wird. Denn die Regierung ist Vertragspartner des Vatikans, der Staat leistet hohe Zahlungen als Ersatz zum ehemaligen Religionsfonds und finanziert die theologischen Fakultäten. Erst eine völlige Trennung von Kirche und Staat würde dem Vatikan ein eigenmächtiges Vorgehen erlauben, die Kirche in Österreich aber zugleich in große finanzielle Schwierigkeiten stürzen.

Aber auch in einem solchen Szenarium dürfte der Vatikan nicht machen, was ihm gefällt. Derzeit wird im Bistum Basel ein neuer Bischof gesucht, nachdem Bischof Koch als Ökumenereferent nach Rom berufen wurde. In Basel wählt nach altem Recht das Domkapitel den Bischof und sogar Regierungsvertreter können begrenzten Einspruch erheben. Als nun eine Kampagne gestartet wurde, um auch Vorschläge aus den Pfarren einzuholen, warnte ein Kirchenrechtler der Universität Fribourg, da könnte Rom nicht einverstanden sein und das Recht der Bischofsernennung an sich reißen.

Tatsächlich sind die Reste lokaler Mitbestimmung dem Vatikan längst ein Dorn im Auge. Aber allein die Vorstellung, Rom könnte sich autoritär über bestehende Rechte hinwegsetzen, zeigt, wie der rücksichtslose vatikanische Absolutismus einzuschätzen ist. Das wird man sich in Basel und anderswo nicht auf die Dauer gefallen lassen. Die Mitbestimmung der Ortskirchen hat eine jahrhundertelange Tradition und wird sich durchsetzen, weil der absolutistische Zentralismus der römischen Behörden ein Zeichen ihrer Schwäche ist. Wie jede gefährdete Diktatur versucht Rom, keine Veränderung am *status quo* zuzulassen. Aber die Geschichte lehrt, dass jedem übertriebenen Machtanspruch Revolutionen folgen oder der Ausstieg aus der Geschichte. ■

Nach eingehenden Verhandlungen verfügte Papst Johannes XXIII. mit der Bulle „Magna quae“ vom 15. August 1960 die Errichtung der Diözese Eisenstadt und ernannte Bischof Stefan László am 14. Oktober zum Diözesanbischof, der am 11. November, dem Fest des hl. Martin, inthronisiert wurde.